



ETATREDE FDP / MfM-FRAKTION:

**SOLIDE HAUSHALTEN GERADE
IN KRISENZEITEN. PRIORITÄTEN
SETZEN HEISST ZUKUNFT
SICHERN.**

Rede zum Haushalt der Stadt Mannheim

Gehalten am 18. November 2021

Dr. Birgit Reinemund

Vorsitzende der FDP / MfM Fraktion

im Gemeinderat der Stadt Mannheim

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung legt dem Gemeinderat einen Einjahreshaushalt für 2022 als sogenannten Übergangshaushalt und reine Fortschreibung der Finanzplanung vor. Vor dem Hintergrund der unsicheren konjunkturellen Entwicklung und der noch nicht absehbaren Folgekosten der Pandemie tragen wir Ihre Bitte an den Gemeinderat, die Ausgaben nicht auszuweiten, gerne mit. Wir haben schließlich bereits den letzten Doppelhaushalt abgelehnt, weil die Grün-Rot-Rote Mehrheit damals über 20 Millionen Euro zusätzlich draufsattelte und die Stadtspitze da schon, trotz Rekordsteuerereinnahmen, mit einer Unterschreitung der Mindestliquidität geplant hatte.

Wunschkonzert statt solider Haushaltsplanung mag in Zeiten von Rekordsteuerereinnahmen noch zu verkraften sein, in unsicheren Zeiten wie heute müssen wir dringend zu einem ehrlichen und vorsichtigen Haushalten zurückfinden. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sind Grundprinzipien für jeden Kaufmann, das gilt auch für öffentliche Haushalte. Hier sehen wir Verbesserungspotentiale.

Finanzplanung

Das vom OB ausgerufene Motto "keine Ausweitung" des Haushalts ist das Mindeste, was wir dieses Jahr erreichen müssen. Vernünftig ist auch, dass keine neuen Bauprojekte dieses Jahr auf den Weg gebracht werden, schafft es die Stadt doch heute schon nicht, die hoch gepriesenen enormen Investitionssummen auch wirklich zu verbauen. Es fehlen schlicht die Baukapazitäten. Wir schieben rund 150 Millionen Euro an gebundenen, noch nicht verbauten Mitteln vor uns her, Jahr für Jahr. Wir brauchen nicht ein Mehr von Allem, sondern vernünftige Prioritäten.

Der OB spricht von "auf Sicht fahren". Besser wäre es, mit VORSicht zu fahren! Sprich mit realen Grundannahmen und ausreichend Risikopuffer zu planen. Doch dazu bräuchte es den Mut zu entscheiden, welche Projekte krisenbedingt zeitlich gestreckt, kostengünstiger oder vielleicht gar nicht umgesetzt werden. Noch mutiger wäre es, grundsätzlich alle städtischen Aufgaben kritisch zu hinterfragen, um Ausgaben dauerhaft zu reduzieren.

Personalkosten machen rund ein Viertel der Gesamtausgaben der Stadt aus. Wer also dauerhaft Kosten begrenzen will, muss die städtischen Mitarbeiter von nicht notwendigen Aufgaben entlasten, statt ständig weiter draufzusatteln und Personal aufzustocken. Ohne Zweifel war pandemiebedingt mehr Personal notwendig - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hier Enormes, unsere große Anerkennung

und Dank hierfür. Und auch in zentralen Bereichen wie Kinderbetreuung, IT, Bauingenieuren und Feuerwehr fehlt es nach wie vor an Personal.

Ein Dorn im Auge ist uns dagegen der fortlaufende Aufwuchs auf den oberen Führungsebenen - zu viele Häuptlinge, zu wenige Indianer. Zumal die Stadt trotzdem ein wachsendes Heer an externen Gutachtern und Experten für jede Managemententscheidung beschäftigt. Der Steuerzahler blecht doppelt.

Dieser Haushalts-Entwurf ist mutlos, ein "Weiter so" nach dem Prinzip Hoffnung.

- Das zeigt sich besonders in der mittelfristigen Finanzplanung. Die gesetzliche Mindestliquidität der Stadt liegt bei rund 25 Millionen Euro PLUS. In vollem Bewusstsein dessen planen Sie, Herr Oberbürgermeister, bereits für 2023 und dann 2024 den Haushalt über 22 Millionen Euro ins MINUS sausen zu lassen. Sie erfinden dafür eine geradezu paradoxe Wortschöpfung, die „negative Liquidität“, die die Finanzwirtschaft nicht kennt. Ein billiger Taschenspielertrick, um unangenehme Entscheidungen weiter auf die lange Bank schieben zu können. Damit verpassen Sie Ihr eigenes Leistungsziel „Die Mindestliquidität der Stadt ist zu jeder Zeit gesichert“ krachend. Und dazu noch mit Ansage! Das ist für uns nicht akzeptabel.
- Positiv ist, dass auch im Krisenjahr das Neuverschuldungsverbot zumindest im Kernhaushalt eingehalten wird.
- Negativ ist, dass wir mit über 1.700 Euro noch immer die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Baden-Württemberg haben. Und das, obwohl ein Großteil der Daseinsvorsorge und der Zukunftsinvestitionen mittlerweile über Tochtergesellschaften abgewickelt werden, Personal, Kosten und Kredite also gar nicht mehr im Haushalt der Stadt auftauchen. Aber selbst für die bereits bekannten coronabedingten Verluste in den Tochtergesellschaften ist keinerlei Vorsorge getroffen. Dafür bürgt jedoch die Stadt.

Unser Sorgenkind Klinikum wird jährlich weitere Millionen im hohen zweistelligen Bereich verschlingen, die Finanzlage spitzt sich gerade wieder zu. Was ist davon im Haushalt zu finden? Nichts! Auch weitere Töchter wie die Kongressgesellschaft m:con, die Parkhausbetriebe, der Flughafen sind wegen der pandemiebedingten Schließungen oder reduziertem Betrieb in Millionenhöhe ins Minus gelaufen. Die Zahlen liegen vor. Was ist davon im Haushalt zu finden? Gar nichts!

Konzern Mannheim: Intransparenz

Augenwischerei ist das angebliche Einhalten des Neuverschuldungsverbots. Die Stadt verlagert neue Bauprojekte und damit eben auch die Kredite, sprich Schulden mehr und mehr in die Tochtergesellschaften, seien es die gesamten Kosten der Konversion, die Schulsanierung, teils auch der Schulbau, der Bau des Technischen Rathauses, von Flüchtlingsunterkünften, KiTas und vieles mehr. Erstmals durfte jetzt auch die Stadtparkgesellschaft eigene Schulden aufnehmen für den Ausbau der neuen Mitte des Parks zur BUGA. Auch dies erscheint weder im BUGA-Budget noch im städtischen Haushalt. Da kann man sich leicht rühmen, die Schulden im Kernhaushalt nicht auszuweiten, wenn man gleichzeitig alle Kredite lustig und leichtfertig in die Töchter verschiebt.

Vieles wird so der Kontrolle des Gemeinderats entzogen. Für Aufsichtsräte gilt Verschwiegenheitspflicht. Es gibt damit keine öffentliche Diskussion. Für die FDP / MfM-Fraktion ist es unbegreiflich, warum die Mehrheit des Gemeinderats immer wieder weiteren Auslagerungen in immer neue Gesellschaften zustimmt und sich damit selbst entmachtet.

Es ist kein Zufall, dass die letzte Gemeinderatssitzung nach 26 Minuten erledigt war, die Anzahl an nicht-gemeinderätlichen Gremien und Aufsichtsräten jedoch massiv zunimmt. Wir fordern wieder mehr öffentliche Diskussion im gewählten Gremium Gemeinderat statt hinter verschlossenen Türen!

Diese Intransparenz kritisiert die FDP / MfM-Fraktion schon lange, doch auch dieses Jahr fehlen die von uns geforderten Bilanzkennzahlen für den Gesamtkonzern Stadt Mannheim als Anlage zum Haushalt. Diese konsolidierte Bilanz wäre ein erster Schritt zu mehr Haushaltstransparenz, Haushaltswahrheit und -klarheit.

Intransparenz schafft auch die enge Verflechtung von Stadt Mannheim und GBG. Ursprünglich gegründet, um preisgünstigen Wohnraum in Mannheim zu bauen, ist sie mittlerweile die eierlegende Wollmilchsau für alles, was die Stadt selbst nicht mehr finanzieren kann. Die GBG baut Rathäuser, Gaststätten, Gewerbeimmobilien, KiTas, Flüchtlingsunterkünfte, besitzt Inklusionsbetriebe, bald auch Altenheime, über die BBS Schulen, über die MWSP alle Grundstücke der Konversionsflächen.

All dies wird in der Ausgestaltung im Gemeinderat nicht mehr diskutiert und taucht in der Bilanz der Stadt nur noch pauschal als Bürgschaft, Miet- oder Pachtverpflichtung auf. Vor zehn Jahren waren das gerade einmal knapp über eine Million, 2020 schon rund 7 Millionen Euro pro Jahr alleine an die GBG. Diese Zahlungen belasten den Ergebnishaushalt dauerhaft, da die Verträge meist mit Laufzeiten von Jahrzehnten geschlossen werden, Verpflichtungen, die die Handlungsspielräume auch der nächsten Generation noch einschränken.

Dazu wird über die Gründung von Tochtergesellschaften an der ein oder anderen Stelle auch die Tarifstruktur bei den Löhnen unterlaufen. Damit dürfte sich die Stadt Mannheim wegen Verstoßes gegen eigene Standards auf Ihre eigenen Ausschreibungen nicht mehr bewerben. Denn von Dritten verlangt man ja Tariftreue in der ganzen Lieferkette.

Wo bleibt der Aufschrei? Wir fordern: mehr Transparenz, und ein gemeinsames Verständnis, uns nicht mehr zu leisten als wir auch bezahlen können!

Unrealistische Planung und Haushaltskosmetik

Fortschreibung heißt leider auch altbekannte Muster von Haushaltskosmetik fortschreiben:

Zum Beispiel die pauschalen Minderausgaben: Die Vorgabe, mit den Maßnahmen der Strategischen Haushaltskonsolidierung SHM² 42 Millionen Euro jährlich einzusparen, wurde um 18 Millionen Euro - rund 40% - verfehlt. Dennoch wird dieses Einsparvolumen im HH-Entwurf als gegeben eingepreist und den Abteilungen auferlegt, diese "irgendwie" im laufenden Betrieb noch rauszuschwitzen - und zwar nicht bei den Fachbereichen, die die Vorgaben nicht erreicht haben, sondern im Rasenmäherprinzip bei allen gleichmäßig. Ein Unding! Wer bereits eingespart hat, muss zusätzlich ran. Wer das Thema ausgesessen hat, wird auch noch dafür belohnt.

Die Grundannahmen der Planung halten wir für zu optimistisch:

- So plant die Verwaltung für 2022 mit einer Arbeitslosenquote im SGB 2 von 3,9 Prozent. Im Oktober lag die Quote in Mannheim jedoch schon bei 4,7 Prozent. Die Kosten im Bereich Arbeit und Soziales werden also absehbar höher ausfallen.
- Dafür werden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer für 2023 bereits wieder fast auf dem Stand des Rekordjahres 2019 prognostiziert. Die letzte Steuerschätzung gibt zwar Grund zur Hoffnung, die Unwägbarkeiten bleiben jedoch groß.
- Einfach weiter auf Überweisungen aus Berlin oder Stuttgart zu spekulieren ist keine solide Finanzplanung. Das ist das Prinzip Hoffnung.

Absehbare Kosten und Risiken werden nicht vollständig eingepreist.

Sogar schon begonnene Projekte sind nicht ausfinanziert, wie die Stadtbibliothek, die Jugendtreffs Luzenberg und Neuhermsheim oder die Sanierung der maroden Seniorentreffs. Von den Gesamtsanierungskosten der Pestalozzischule in Höhe von 38 Millionen Euro z.B. sind gerade mal 3 Millionen jährlich eingeplant. Nicht zu sprechen von den mehreren hundert Millionen Sanierungsstau bei Straßen und Brücken, den wir mit den heute eingesetzten Mitteln sehenden Auges nie werden abbauen können.

Andere seit Jahrzehnten als notwendig bekannte Sanierungen zum Beispiel des Herschelbads werden auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Dafür leisten wir uns fortlaufend neue Prestigeprojekte.

Dies alles ist auch eine Art Fortschreibung wie wir sie leider schon länger kennen, eine von uns immer wieder klar kritisierte. Eine die wir nicht akzeptieren.

Prioritäten richtig setzen

Wir fordern, die Prioritäten der Stadt auszurichten am Wohle und den Bedürfnissen der Menschen, weniger am Image der Stadt und unseres World Lord Mayor. Pflichtaufgaben wie Daseinsvorsorge, Bildung und Infrastruktur müssen Vorrang haben vor Nice-to-Have-Projekten.

Wir werden dafür auch einige Vorschläge einbringen, immer gegenfinanziert durch Einsparvorschläge an anderer Stelle:

Keine Ausweitung gehen wir mit, allerdings heißt Fortschreibung für uns nicht zwingend eine Fortschreibung von Fehlentwicklungen, weiteres Bedienen des eigenen grün-rot-rote Klientels, viel schöner Schein und Prestige und ein Ungenügend bei Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung.

Richtig ist: Wir haben gerade im Bildungsbereich enorm investiert in den letzten Jahren und tun es weiter trotz Krise. Doch es bleibt noch viel zu tun, bis jede Schultoilette und Sporthalle saniert ist und digitales Arbeiten in den Schulen und in allen Bereichen der Stadt mit ruckelfreiem Internetzugang möglich und digitale Angebote selbstverständlich sind. Die Mittel für den allgemeinen Breitbandausbau wurden in diesem Haushalt verschoben zum Breitbandausbau Schulen. Nein, wir brauchen in beiden Bereichen ausreichende Mittel, um voranzukommen!

Das sind falsche Prioritätensetzungen wie an vielen Stellen.

- Sparen wir uns doch in einem Krisenjahr oder auch dauerhaft die jährlich 2 Millionen Euro für das Ansparen eines Bodenfonds und setzen wir dieses Geld für eine moderne Infrastruktur ein, ob digitale Infrastruktur, Bildung oder Verkehr.

Wir sehen die Priorität klar bei der Infrastruktur.

- Die Multihalle - immer noch ohne Nutzungskonzept - ist Ihnen heilig und wird in vollem Tempo durchgezogen. Wissen Sie, welche kommunalen Einrichtungen ein echtes Nutzungskonzept haben, jeden Tag? Unsere Schulsportanlagen! Doch hier soll das Sanierungsprogramm erst wieder 2024 weiterlaufen – mit einem viel zu kleinen Budget.

Wir sehen die Priorität klar bei den Schulen und Bildung.

- Wir leisten uns für über 18 Millionen eine Ersatzspielstätte für die Oper, weil wir meinen, auch während der Theatersanierung 100 Prozent bringen zu müssen. Das Handlungsprogramm Straßensanierung bleibt dagegen ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir sehen die Priorität klar bei der Straßensanierung.

- Ihnen ist der Radschnellweg mitten durch ein Landschaftsschutzgebiet wichtiger als die Planungen für die Westumfahrung der Stadt oder eine dritte Rheinquerung endlich voranzubringen. Diese Vorhaben sind wichtig für unsere Wirtschaft. Wir wollen, dass die Menschen endlich wieder von A nach B kommen können, und zwar nicht nur auf dem teuersten Radweg Deutschlands, sondern staufrei auf intakten Brücken und Straßen. Und hoffentlich auch bald wieder im Fahrlachtunnel. Auch das ist aktiver Umwelt- und Klimaschutz.

Wir setzen die Priorität auf staufreie Mobilität und gute Zufahrtswege für Wirtschaft, Pendler und Gäste.

- Für die Sanierung der Fontänen am Friedrichsplatz stehen für 2022 vier Millionen Euro im Haushalt. Offensichtlich ein Prestigeobjekt, das auch in Krisenzeiten sofort saniert werden muss. Während die Jugendtreffs Neuhermsheim und Luzenberg erst mal hinten runterfallen. Hauptsache, zur BUGA gibt es am Wasserturm wieder hübsche Wasserspiele.

Wir sehen die Priorität klar bei der Jugend.

- Für die BUGA 2023 kann nichts teuer genug sein. Bahnhofsvorplatz, Lindenhofplatz, Verschönerungen der Zufahrtswege zum als klimaneutral gepriesenen BUGA-Gelände. Dafür werden auch umfangreiche Baumfällungen, Bodenverdichtung und viel Beton im Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au in Kauf genommen. Für die Stadtteile fehlen dagegen ausreichend Mittel, um zu sanieren und Bäume auf den vielen leeren Baumscheiben zu pflanzen.

Wir sehen die Priorität klar beim Baumerhalt nicht nur am Rheindamm und besonders bei attraktiven Stadtteilen.

- Bezeichnend ist auch, dass Fassadenbegrünung für manche Sporthallen zugesagt ist - nicht aber die Sanierung selbst. So haben wir ja auch bereits vor über 10 Jahren die Fassade des Herschelbads saniert, während für eine Grundsanierung bis 2025 keinerlei Mittel eingeplant sind.

Die Strategie der Stadt bleibt Außen Hui, innen Pfui! Da machen wir nicht mit.

Es setzt sich so fort: Repräsentatives wird gebaut, koste es was es wolle. Beispiel Technisches Rathaus, gedeckelt ursprünglich bei 65 Millionen Euro, gelandet bei fast 100 Millionen Euro. Oder das aktuell geplante Fahrradparkhaus am Bahnhof für sage und schreibe 11,5 Millionen. Doppelt so teuer wie ursprünglich geplant! Zweckbauten in Edelausführung!

Echte Sanierung und Erhalt im Bestand dagegen ist eben nicht sexy, dafür gibt's keine Auszeichnungen und Preise und keine Einladung zu internationalen Konferenzen.

Selbst im Krisenjahr sind beim Dezernat OB insgesamt 500.000 Euro zusätzlich eingeplant für Repräsentation und Internationales. Die nächste Bewerbung unseres OBs als „World Lord Mayor“ ist gesichert, während Sie gleichzeitig der Behindertenbeauftragten 5.000 Euro aus ihrem sowieso schon kleinen Budget abknapsen. Selbst Vereine mit deutlichem Mehrbedarf aufgrund der Pandemie gehen jedoch leer aus. Das steht in keinem Verhältnis.

Dafür haben wir als FDP / MfM-Fraktion null Verständnis.

Die Generalsanierung des Nationaltheaters ist unser größtes, teuerstes Sanierungsprojekt der nächsten Jahre. Wir stehen dazu. Doch legen wir größten Wert auf konsequente Kostenkontrolle. **Die Kosten dürfen nicht weiter ausufern!** Gerade dann, wenn andere, für die Breite der Bevölkerung und die Stadtteile wesentliche Projekte nicht einmal ansatzweise eingeplant sind im Haushalt. Dazu gehört beispielsweise das Sport- und Kulturzentrum Wallstadt. Aber auch der bereits in Umsetzung befindlichen neuen Stadtbibliothek entziehen Sie einfach mal so 6 Millionen Euro.

Warum kann in einem Haushalt unter dem Titel "Fortschreibung" die Überwachung des ruhenden Verkehrs plötzlich aufgestockt werden? Wann hat der Gemeinderat dies beschlossen? Während der erste Brandschutzbedarfsplan auch nach acht Jahren noch nicht abgearbeitet ist. Jetzt warten wir weitere Jahre auf den nächsten, bis wir endlich unsere Sicherheitsstrukturen bedarfsgerecht aufstellen. Es ist völlig unverständlich, wie Sie vor dem Hintergrund des Gesamtgefahrenpotentials in der Region diese Verzögerungen rechtfertigen können.

Unsere Priorität ist eindeutig: **mehr Sicherheit statt mehr Knöllchen!**

Setzen wir endlich die Prioritäten bei dem, was die Menschen in Mannheim wirklich brauchen, was den Bürgerinnen und Bürgern das Leben direkt erleichtert: bei Sicherung der Daseinsfürsorge, bei Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und bei einer sicheren und sauberen Stadt.

Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger ist uns wichtig.

Jede Haushaltsberatung ist immer auch die Gelegenheit zu prüfen, ob die Stadt Mannheim ihre selbstgesteckten Ziele erreicht. Das ist leider an vielen Stellen nicht

der Fall. Die Bruchlandung bei der gesetzlichen Mindestliquidität habe ich bereits genannt.

Bürgerbefragungen fallen in zentralen Bereichen schlechter aus oder sind gleich schlecht geblieben. Vor allem lässt die Sauberkeit des Stadtbilds und der Grünanlagen nach wie vor zu wünschen übrig. Gefühlt ist sie eher schlechter geworden. Der Wildwuchs auf den Straßen, Rad- und Gehwegen war dieses Jahr besonders schlimm. Die Planken und die Breite Straße wirken oft sehr ungepflegt. Und das, obwohl in jedem Haushalt mehr Mittel für die Stadtreinigung genehmigt werden. Auch der bereits angesprochene miserable Zustand bei Straßen, Brücken und Radwegen trägt zum negativen Stadtbild bei. Da nützt die schönste Imagekampagne, der x-te Veranstaltungspavillon und die lustige Beleuchtung auf der Brücke nach Ludwigshafen wenig!

Dennoch stellen wir in diesem Jahr bewusst keinen Antrag für eine weitere Budgeterhöhung im Stadtraumservice. Wir wollen dem Eigenbetrieb ermöglichen, die eigene Strategie und das Qualitätssicherungssystem weiterzuentwickeln. Spätestens im nächsten Doppelhaushalt fordern wir jedoch dringend, eine Sanierungsoffensive für die Verkehrsinfrastruktur aufzulegen analog zum Projekt Schulsanierung!

Nicht hinnehmbar ist für uns, dass trotz aller Anstrengungen im Bildungs- und Sozialbereich die Schulabbrecherquote in Mannheim noch immer konstant hoch ist. Jahr für Jahr verlassen 9,4% der Schülerinnen und Schüler in Mannheim die Schule ohne einen Abschluss und laufen Gefahr im Sozialsystem zu landen. Setzen wir die Gelder im Bereich Soziales und Bildung richtig ein, wenn das Ergebnis sich keinen Deut verbessert? Viele Projekte und viel Geld alleine reichen offensichtlich nicht aus. Es fehlt die Wirkungskontrolle, um Kinder und Jugendliche wirksam zu unterstützen!

Schlusswort

Ziel unserer liberalen Politik sind gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen in unserer Stadt, nicht Prestige und das gute Gefühl. Dazu gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft zum Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Fazit:

Wir sind mit der Fortschreibung eines Haushalts, den wir vor zwei Jahren schon abgelehnt haben, nicht zufrieden und hätten uns einen vorsichtigeren Haushalt gewünscht mit angemessenen Risikopuffern und Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben der Stadt und nicht eine Fortführung des in guten Zeiten aufgelegten Wunschkonzerts.

Vorsätzlich die gesetzliche Mindestliquidität der Stadt nicht nur zu unterschreiten, sondern ins Minus zu ziehen, ist unverantwortlich. Daher werden wir diesen Haushalt ablehnen, sollte er wirklich so zum Beschluss kommen.

Gerne bringen wir uns konstruktiv ein für eine vernünftige Prioritätensetzung, für mehr Transparenz und Vorschläge, die gesetzlichen Vorgaben vielleicht doch noch zu erreichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen wäre das nicht ein tolles gemeinsames Ziel? Gehen Sie mit, gehen wir diesen Weg gemeinsam.

Dank

Ich danke den Mitarbeitern der Verwaltung, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben. Meinen KollegInnen Volker Beisel, Kathrin Kölbl und Wolfgang Taubert sowie unserem Geschäftsführer danke ich für die gute Zusammenarbeit bei der Bearbeitung des Haushaltsentwurfs und unserer Anträge, allen Institutionen und Bürgern für Ihre Anregungen

und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!